

UGÖD-Pressegespräch

Mittwoch 23. Oktober 2019, 10 - 11 Uhr
1010 Wien, Teinfalstraße 7, Parterre (GÖD-Europasaal)

Öffentlicher Dienst, Bundes-Personalvertretungswahlen: Einreichschluss, Wahlkampfbeginn

Unabhängige Gewerkschafter*innen als Alternative
zu schwarz-tuerkiser und roter Fraktion
in noch mehr Bereichen wählbar

Wir helfen dir. ugod.at



UGÖD-Pressegespräch

Mittwoch 23. Oktober 2019, 10 – 11 Uhr
1010 Wien, Teinfalstraße 7, Parterre (GÖD-Europasaal)

Öffentlicher Dienst, Bundes-Personalvertretungswahlen: Einreichschluss, Wahlkampfbeginn

**Unabhängige Gewerkschafter*innen als Alternative
zu schwarz-tuerkiser und roter Fraktion
in noch mehr Bereichen wählbar**

In Kürze:

Um 23:59 Uhr dieses Tages endet die Einreichfrist für die Personalvertretungswahlen bei den Bundesbediensteten und den Landeslehrer*innen, die am 27.+28.11. stattfinden.

Es ist uns wieder gelungen, in neuen Bereichen Menschen zu motivieren und UG-Listen als alternative Wahlmöglichkeit auf die Stimmzettel zu bringen.

Da in den meisten Bereichen keine eigenen Gewerkschaftswahlen stattfinden, bestimmen dort die Personalvertretungsergebnisse auch die künftigen Gewerkschaftsleitungen.

Unsere Überzeugung ist, dass Personalvertretung und Gewerkschaft parteiunabhängig für einen starken öffentlichen Dienst und die Interessen der Bediensteten eintreten müssen.

Im Gespräch:

Gary Fuchsbauer, GÖD-Vorstandsmitglied, stv. Vorsitzender des ZA-BMHS-Lehrer*innen;
die UGÖD-Vorsitzenden Beate Neunteufel-Zechner (GÖD-Frauenausschuss) und Manfred Walter (Uni Linz);

sowie Zentralausschuss-Kandidat*innen aus vielen anderen Bereichen, z.B.

Sandra Gaupmann aus einem ZA-Bereich des Justizministeriums,
Bernhard Struger, Bundesministerium für Landesverteidigung,
Christoph Bedenbecker, Universität Innsbruck

Rückfragen:

fuchsbauer@ugod.at - 0680 2124358

UG-Listen kandidieren bei den Personalvertretungswahlen der Bundesbediensteten und Landeslehrer*innen am 27./28. 11. 2019 für folgende Zentralausschüsse:

- ◆ im Justizministerium für die nicht dem Exekutivdienst zugeordneten Bediensteten der Justizanstalten und die Beamt*innen der Bewährungshilfe;
- ◆ im Bildungsministerium für die AHS-Lehrer*innen, für die BMHS-Lehrer*innen, für die PH-Lehrenden, für die Universitätslehrer*innen der Ämter der Unis, für den Bereich Wissenschaft und Forschung mit Ausnahme der Uni-Lehrer*innen;
- ◆ im BMVIT (Verkehrsmin.) für alle Bediensteten außer der Post-/Fernmeldehoheitsverwaltung;
- ◆ im BMNT (Nachhaltigkeit+Tourismus) für alle Bediensteten (incl. Bundeslehrer*innen an den Landwirtschaftsschulen);
- ◆ BMLV (Bundesheer) für alle Bediensteten;
- ◆ für die Landeslehrer*innen in den Bereichen Pflichtschule-Wien, -Steiermark, -OÖ, -Salzburg, -Tirol, in den Bereichen Berufsschule-Wien, -Steiermark, -OÖ, -Vorarlberg.

Im Bereich der Polizei kandidiert auf Landesebene in Kärnten eine UG-Liste für den Fachausschuss.

Bei den letzten Zentralausschuss-Wahlen 2014 erzielten die Unabhängigen Listen große, zum Teil überraschende Erfolge:

- ✓ auf Anhieb 25% bei den Berufsschulen in der Steiermark
- ✓ ein Viertel der Mandate im ZA AHS
- ✓ ein Drittel der Mandate im ZA BMHS
- ✓ Die absolute Mehrheit konnte ausgebaut werden bei den Berufsschulen in Vorarlberg.

UGÖD - Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben

ist nämlich:

UGÖD für mehr Demokratie in der Gewerkschaft und in Betrieben/Dienststellen

Wir sind parteipolitisch unabhängig und setzen uns besonders für folgende Themen ein:

Starker und politisch unabhängiger öffentlicher Dienst

Öffentlich Bedienstete (Vertragsbedienstete und Beamte) müssen die Möglichkeit haben, getreu den Gesetzen ihren Aufgaben nachzukommen - ohne Angst deswegen ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Menschen, die keine Angst vor Willkür haben müssen, bilden das Rückgrat einer geordneten, auf den Gesetzen beruhenden Verwaltung.

Frauenförderung und echte Chancengleichheit

Der Öffentliche Dienst hat ein Gehaltsschema, das die Aufgaben eines Arbeitsplatzes bewertet, unabhängig davon, ob eine Frau oder ob ein Mann diese Position innehat. Noch immer kommt es aber vor, dass bei der Vergabe offener Posten unterschiedliche Modalitäten/Kriterien herangezogen werden. Nicht in allen Bereichen kommen Frauenförderungspläne zum Tragen.

Bildung für alle Menschen in unserem Land

Nur mit Bildung haben wir Menschen die Möglichkeit, eine soziale und gerechte Gesellschaft zu schaffen. Bildung ist das Fundament für ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen stehen wir dafür, dass allen Menschen der kostenfreie Zugang zu Bildung ermöglicht werden muss. Wir treten für kostenloses, lebenslanges Lernen zur Erlangung höherer Qualifikationen z.B. Matura oder Meisterprüfung ein.

Gerechter Sozialstaat

Es ist die Aufgabe der Politik, das Wohlergehen der Menschen zu sichern und sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Der Sozialstaat soll Not lindern und Sicherheit gewährleisten. Menschen benötigen Zugang zu kostenloser, medizinischer Versorgung und haben im Alter das Recht, nicht als Last an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, sondern in Würde zu leben und, wenn nötig oder gewollt, betreut zu werden. Dabei ist die Sicherung der Pensionen ein wesentliches Element!

Für mehr Demokratie

Die unabhängigen Personalvertreter*innen im öffentlichen Dienst setzen sich für eine umfassende Demokratisierung in der Arbeitswelt und in der Gewerkschaftsbewegung ein.

Öffentlicher Dienst ist ausbaufähig

Mitmachen und mitreden ist uns sehr wichtig. Wir beteiligen uns gern an Wahlen und sehen etliche Bereiche des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf demokratische Beteiligung noch ausbaufähig.

Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschafter*innen, dies der Politik in Erinnerung zu halten und unsere Kolleg*innen, die in diesen Bereichen arbeiten, gewerkschaftlich zu unterstützen.

Ende des Aufnahmestopps

Wir fordern ein Ende des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst, weil wir im Arbeitsalltag erleben, wie wichtig persönliche Kontakte von Mensch zu Mensch sind, wenn eine optimale Dienstleistung zu erbringen ist.

Digitalisierung braucht geschulte Mitarbeiter*innen

Die Digitalisierung im öffentlichen Dienst ist enorm fortgeschritten, dennoch sehen wir, dass nicht alle Dienstleistungen zufriedenstellend erledigt werden können von Maschine zu Netzwerk und ohne auskunftsbereite Menschen, die wissen, wie Technik und Mensch in gut funktionierende Verbindung zu bringen sind.

Echte Gleichberechtigung

Die Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst ist zwar schon viel weiter entwickelt als in der Privatwirtschaft, dennoch gibt es auch bei uns öffentlich bediensteten Frauen noch immer einen Einkommensunterschied von 11% zu den Gehältern der Kollegen. Lohntransparenzgesetze und Gehaltsverhandlungen auf Kollektivvertragsebene sind wichtige Elemente für die Gleichstellung, die wir vor allem auch für unsere ausgegliederten Betriebe fordern, in denen bereits viel mehr Angestellte als Beamt*innen und Vertragsbedienstete arbeiten.

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben (UGÖD).
Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien, office@ugoed.at, Vorsitzende: Beate Neunteufel-Zechner, Manfred Walter.
ZVR-Zahl 126495968. Mehr auf ugoed.at - Wir danken für's Lesen.